
Bürger stellen 158 Anträge auf Baumfällung

Umstrittene Baumschutzsatzung wurde im Januar geändert. Stadt legt erste Bilanz vor

Seit der umstrittenen Änderung der Baumschutzsatzung Anfang des Jahres sind in Herne 158 Anträge auf Baumfällung gestellt worden. Diese Zahl nannte die Stadt nun im Umweltausschuss auf Anfrage der SPD-Fraktion. SPD-Umweltexperte Roberto Gentilini zeigt sich zufrieden. Das „Kettensägenmassaker“, das Kritiker der neuen Satzung befürchtet hätten, sei ausgeblieben.

Gegen die Stimmen von Grünen, Linkspartei und Piraten-Alternative Liste hatte der Rat das neue Regelwerk auf Vorstoß von SPD und CDU für Bäume auf Privatgrundstücken beschlossen. Kern des Ganzen: Bäume, die weniger als fünf Meter Abstand zu Wohngebäuden haben, können seit Jahresbeginn gefällt werden – wenn die Eigentümer im Vorfeld einen Antrag bei der Stadt stellen, die dann vor Ort nachschaut. Im Gegenzug müssen die Bürger Ersatzpflanzungen auf ihrem Grundstück vornehmen, beziehungsweise auf einer städtischen Ausgleichsfläche vornehmen lassen.

Stammumfang entscheidet

Die Zahl der Neupflanzungen richtet sich nach dem Stammumfang. Gibt es durch die Bäume nachgewiesene Schäden oder Gefahren, ist kein Ersatz nötig. Generell gilt auch: Nadelbäume können per Antrag immer durch Laubbäume ersetzt werden.

Von den 158 Anträgen auf Baumfällung seien acht Prozent eingereicht worden, weil der Abstand der Bäume weniger als fünf Meter zum Haus betragen habe, berichtete die Stadt, in zwei Prozent der Fälle sollten Nadel- durch Laubbäume ersetzt werden. Weniger als ein Prozent der Bürger klagte über Verschattung. Erst in ein bis zwei Jahren könne die Stadt aussagekräftige Angaben über die Zahl der Ersatzbäume geben.

SPD-Ratsherr Gentilini ist mit der ersten Bilanz zufrieden. „Die Bürger scheinen vernünftig mit der neuen Satzung umzugehen“, sagte er zur WAZ. Ähnlich äußert sich Barbara Merten, Vorsitzende des Umweltausschusses. Zwar sei es noch zu früh, eine Bilanz zu ziehen, die Tendenz, so die CDU-Ratsfrau, sei aber „erfreulich“. Sie versprach, die Fällungen „im Auge zu behalten“.

Hiltrud Buddemeier vom BUND befürchtet, dass die neue Satzung „erst der Anfang“ sei, sprich: dass sie weiter verwässert werde, um noch mehr Bäume fällen zu können. „Das werden wir nicht mitmachen“, kündigt sie an.